der springende punkt

nr. 14

AO-NOVELLE



Jan. 78

IN SACHEN Studentenschaft contra Präsidium

Dem Flugblattleser ist es seit längerem bekannt: Die Studentenschaft führt zwei Prozesse gegen das Präsidium.

Der Listenprozeß

Im November verweigerte das Präsidium die Herausgabe einer Namensliste der Studenten an den AStA mit der mündlichen Begründung, es bestehe die Gefahr, daß die Liste bei der Urabstimmung zum Streik verwendet werde.
Auf Antrag des AStA ordnete das Verwaltungsgericht (VG) schleswig "einstweilig" die Herausgabe einer Liste an. Mit fadenscheinigen Argumenten legte das Präsidium Widerspruch ein: Nie habe es verweigert eine Liste herauszugeben, es habe halt nur die Liste noch nicht vorgelegen.

Das Urabstimmungs-Verbot

Da nun die Sabotage der UA nicht so recht klappen wollte (eine Studentenliste braucht man nämlich gar nicht - ätsch!) holte - ferngesteuert aus Kiel - das Präsidium zum nächsten Schlag aus. Wie an praktisch allen Hochschulen des Landes, wurde auch an der MHL per "einstweiliger Anordnung" der Studentenschaft untersagt, eine UA durchzuführen und "zur Teilnahme an auch gewaltlosen Störungen von Lehrveranstaltungen"(Umfunktionieren, Diskussionen) "aufzurufen".
Unmittelbare, praktische Konsequenzen folgten aus dieser Anordnung nicht, da sie erst nach Ende der Abstimmung eintraf, bei der die Studentenschaft sich bekanntlich gegen Streik aussprach.
Trotz des erheblichen Aufwandes und des ungewissen Ausganges, muß der AStA hier seinerseits eine Hauptverhandlung anstreben, da die Anordnung auf falschen Behauptungen beruht, und ein rechtskräftiges Urteil gegen die Studentenschaft uns auch die Prozeßkosten aufbrummen würde.

Aussichten

Beiden Prozessen kann man mit'gedämpftem Optimismus' entgegensehen. In der Listenangelegenheit hat sich das Präsidium ziemlich in den eigenen Fallstricken verheddert: Die Namen der Studenten erst zur Abschrift anzubieten, dann zu verweigern wegen'Angst vor Mißbrauch', schließlich genau diese Namen noch gar nicht vorliegen zu haben, das ist (hoffentlich) ein Purzelbaum zuviel, als daß das Gericht dies als geradlinige und korrekte Beamtenlogik durch - gehen lassen wird.

Beim UA-Prozeß gingen die Kultusjuristen in Kiel und ihr langer Arm in Lübeck wohl davon aus, daß Studenten generell nicht von Studenten befragt werden dürften, auch nicht im Sinne eines 'Meinungsbildes'. Doch siehe da, für alle Seiten unerwartet, beschloß das VG-Schleswig (bei dem glei - chen Streit an der Uni Kiel), daß gerade solch einem Meinungsbild rechtlich nichts entgegenstehe. Da bei genau der gleichen Sachlage also dasselbe Gericht bereits einmal entsprechend entschieden hat, kann man auch für diesen Prozeß hoffen.

Vom Sinn „juristischer Klärungen"

Das juristische Glatteis ist gefährlich: Zum einen weil man leichter einen Pro - zeß verlieren kann, als man glaubt, vor allem aber weil ein gewonnener Prozeß gefährliche Illusionen wecken kann.

Zu naheliegend ist es, die Funktion der Justiz - gerade wenn sie sich ausnahmsweise gegen die staatlichen Machtapparate wendet - mißzuverstehen.
Die Justiz laviert in Ermessensspielräumen. Der vorgegebene gesetzliche Rahmen läßt bei der Einzelfallbeurteilung oft erstaunlich viel Raum, und zwar nicht nur beim Strafmaß sondern auch bei der Bewertung grundsätzlicher politischer Probleme.

Justiz: Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln

Trotzdem gehen die Urteile meist in ein und dieselbe Richtung. Mit Verwunderung vermerkt es regelmäßig die linksliberale bis linke Öffentlichkeit, wenn ausnahmsweise mal nicht im Sinne der Staatsorgane oder bei Streitigkeiten zwischen den 'staatstragenden' Parteien im Sinne konservativer Ideologie Recht gesprochen wird. Dabei kann man durchaus davon ausgehen, daß die Urteile im allgemeinen den Intentionen des Ge - setzgebers entsprechen.

(Die dritte Gewalt!?)

Was passiert, wenn ein Gericht, wie z.B. jetzt das VG-Schleswig in Sachen Urabstimmung, anders urteilt als von den entscheidenen'pressure groups' erwartet? Gerade im Fall der UA lieferte der Kieler Uni-Präsident eine an Deutlichkeit kaum zu überbietende Stellungnahme:

Kieler Hochschulen wollen Schleswiger Entscheidung nicht hinnehmen

● Das Präsidium der Kieler Universität kündigte an, es werde alles tun, um „als Recht bestätigt zu bekommen, was wir immer dafür gehalten haben". Falls das geltende Hochschulgesetz die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig jedoch decke, sei ein Hinweis dafür gegeben, was bei der Novellierung des Hochschulgesetzes berücksichtigt werden müsse.

Lübecker Nachrichten vom 2.12.77



So ist es also zu verstehen, das Gebäude des Rechts: Gemacht wird es, so wie die Chefetagen (in Uni oder Industrie) und Regierungsbürokratien es haben wollen, Recht gesprochen wird im Sinne dieser Macher. Und wenn nicht: dann muß das Gesetz eben zur Eindeutigkeit gebracht werden, bis auch solch ein Ausreißer unter den Richtern nicht mehr anders urteilen kann!!

Unsere Aufgabe in der Verteidigung unserer Rechte besteht nicht primär darin Prozesse zu führen und womöglich zu gewinnen. Wir müssen vielmehr immer wieder deutlich machen , daß uns diese Arroganz der Macht nicht ins Duckmäusertum treiben wird, sondern im Gegenteil unsere Bemühungen um das Einbringen unserer Interessen verstärken wird. Dazu gehört wesentlich die Artikulation unserer Positionen sowie die argumentative Verankerung auch beim letzten Studenten vor allem aber in der Öffentlichkeit.

An das
Präsidium der
Medizinischen Hochschule
Lübeck

Ratzeburger Allee 160

2400 Lübeck 1

Medizinische Hochschule Lübeck
Allgemeiner Studentenausschuß
Körperschaft des öffentlichen Rechts
2400 Lübeck, den 13.1.78
Ratzeburger Allee 160
Tel. 0451/50012472

Gegen Empfangsbekenntnis!
=====================

Betr.: Satzung der Studentenschaft

Bezug: Ihr Schreiben vom 21.12.77





Sehr geehrter Herr Präsident Klinke!

Das Studentenparlament der MHL hat mit Beschluß vom 12.1.78 einstimmig Widerspruch gegen den Erlaß einer Zwangssatzung vom 21.12.77 erhoben.
Die Auseinandersetzungen zwischen der zuständigen Aufsichtsbehörde und der Studentenschaft gehen, wie Sie wissen, bis ins Jahr 1974 zurück. Seitdem wurde die von der Studentenschaft zur Genehmigung vorgelegte Satzung wiederholt als nicht genehmigungsfähig abgelehnt.
Die entscheidenden Punkte waren und bleiben:

- das allgemeinpolitische Mandat der Studentenschaft
- Urabstimmung und Vollversammlung als oberste demokratische Organe der Studentenschaft
- Finanzkontrolle durch den Haushaltsausschuß des Studentenparlaments

Das Studentenparlament stellt dazu unmißverständlich klar, daß es trotz des Oktroy einer Zwangssatzung an diesen Kernpunkten der studentischen Satzung weiterhin festhält.
Seit dem Beginn der Auseinandersetzung wird von Seiten der Aufsichtsbehörde immer wieder behauptet (so auch im Schreiben des Präsidiums vom 22.6.76), die Aufgabe der oben genannten Positionen sei "im Interesse der Studentenschaft". Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß sich die eindeutige Haltung des Studentenparlaments der MHL über 4 Wahlperioden hinweg in dieser Angelegenheit nicht geändert hat. Dies dürfte Sie nicht erstaunen, nachdem die Studentenschaft der MHL im Januar 1976 in einer Urabstimmung bei 70% Beteiligung mit 90% für diese Satzung gestimmt hat.
Erlauben Sie uns deshalb die Frage, wo Sie den Erlaß einer Zwangssatzung "im Intersse der Studentenschaft" sehen? Die Studentenschaft der MHL weist diese Anmaßung mit Entschiedenheit zurück!
Eine umfassende materielle und politische Interessenvertretung der Studenten bleibt für uns

- angesichts der sozialen Lage der Studenten
- angesichts der sich ständig verschlechternden Ausbildungssituation
- und angesichts der fortschreitenden Einschränkung ihrer politischen und demokratischen Rechte

unverzichtbar! Das Studentenparlament wird deshalb auch keinerlei

Abstriche an den im Programm des demokratisch gewählten AStA festgelegten Aufgaben hinnehmen.
Die Urabstimmung als Einrichtung zur Stellungnahme einer möglichst großen Zahl von Studenten zu wesentlichen Fragen ihrer Interessenvertretung (z.B. Streik) wird im Kommentar des Kultusministers vom 25.11.74 als "urdemokratisch" bezeichnet. Die Studentenschaft der MHL teilt dieses eigenartige Demokratieverstänis nicht. Vielmehr beweist die Tatsache, daß sich im November 1977 trotz eines Verbots 77% der Studenten an einer Urabstimmung zum Streik beteiligten, den Stellenwert und die demokratische Funktionsfähigkeit des höchsten Beschlußorgans der Studentenschaft. Die Reduzierung der demokratischen Willensbildung auf das Studentenparlament wird von der Studentenschaft als drastische Einschränkung ihrer demokratischen Grundrechte entschieden abgelehnt.
Eine zusätzliche Finanzkontrolle durch einen Rechnungsprüfungsausschuß läßt sich nur als ein Versuch weiterer Reglementierung verstehen. Bei der unklaren Definition von Begriffen wie "Hochschulpolitik" oder "Politisches Mandat" wird die Finanzkontrolle erfahrungsgemäß als Hebel zur Einflußnahme auf die Inhalte der studentischen Interessenvertretung benutzt. Die Prüfung des Haushalts durch einen Ausschuß des Studentenparlaments hat sich im Laufe mehrerer Jahre als völlig ausreichende Sicherung erwiesen.

Die Studentenschaft der MHL wird aus den angeführten Gründen an den eingangs dargestellten grundsätzlichen Standpunkten weiterhin festhalten.
Eine Satzung im Interesse der Studentenschaft liegt Ihnen seit Januar 1976 vor.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Stierl
(AStA-Vorsitzender)

Dieser Brief wurde am 12.1.78 einstimmig vom Studentenparlament verabschiedet.

„Wir sitzen im Hörsaal – und keiner kommt...!"

In letzter Zeit häufen sich mal wieder die Beschwerden über organisatorische und personelle Mängel bei verschiedenen Vorlesungen und Praktika (z.B. Arbeitsmedizin, Psychiatrie etc.). Manche Kommilitonen, die von einer großen Uni nach Lübeck gekommen sind, hat es sicher überrascht, wie lässig man hierzulande die Umsetzung des Vorlesungsverzeichnisses in die Realität handhabt.
Oft lassen sich die Schwierigkeiten durch direkte Ansprache des Hochschullehrers (sofern vorhanden) klären. Allerdings wären Kurs- bzw. Semestersprecher sicher eine Hilfe in solchen Situationen (ein erneuter Anlauf zu Beginn des nächsten Semesters ist vorgesehen). Sollten die Probleme nicht "im kleinen Kreis" gelöst werden können, dann ist die umgehende Information des AStA mit genauen Angaben über die akuten Sorgen angezeigt. Wichtig ist, daß Ihr Euch im AStA nicht nur diffus über irgendjemanden abreagiert (wofür wir zwar auch viel Verständnis haben), sondern mit Daten und Fakten die Grundlagen für ein weiteres Vorgehen schafft (Präsidium, Studienausschuß etc.).
Daran hat es in der Vergangenheit oft gehapert, sodaß sich die Damen und Herren Professoren und Organisatoren in ihrer Schlurigkeit nicht gestört sahen. Dies sollten wir in Zukunft ändern.
Bei allem, was man mit Recht an Prof. Henßges persönlichem Stil und politischen Äußerungen kritisieren muß (s. Ordnungsverfahren!)- unbestritten ist sein Praktikum der Orthopädie hervorragend organisiert, der Lerneffekt ist überdurchschnittlich und das Prüfungsklima scheint sich in letzter Zeit auch zu bessern.
Also, es geht offenbar auch anders!

DIE 60%-KLAUSEL



oder: Über die Vorteile einer zentral regulierbaren Durchfallquote

Das MC-Prüfungssystem hat seine Tücken. Ohne Zweifel werden dort medizinische Fakten abgefragt und doch hat das mit dem k klinischen Betrieb wenig zu tun.
Man paukt sich eine Menge Wissen ein, weiß nie so recht, ob man viel oder wenig weiß und besteht dann "durchschnittlich" oder auch "überdurchschnittlich". Wenig später zeigen die Anforderungen in der klinischen Praxis, daß man für diesen Bereich eigentlich fast gar nicht gelernt hat.
So gewinnt mancher den Eindruck, die Prüfungen hätten zu wenig abgefragt. Und in diesem Sinne stimmt das auch! Denn: Die MC-Fragen sind nicht zu leicht, sondern sie fragen etwas ganz anderes als man für die Klinik braucht.

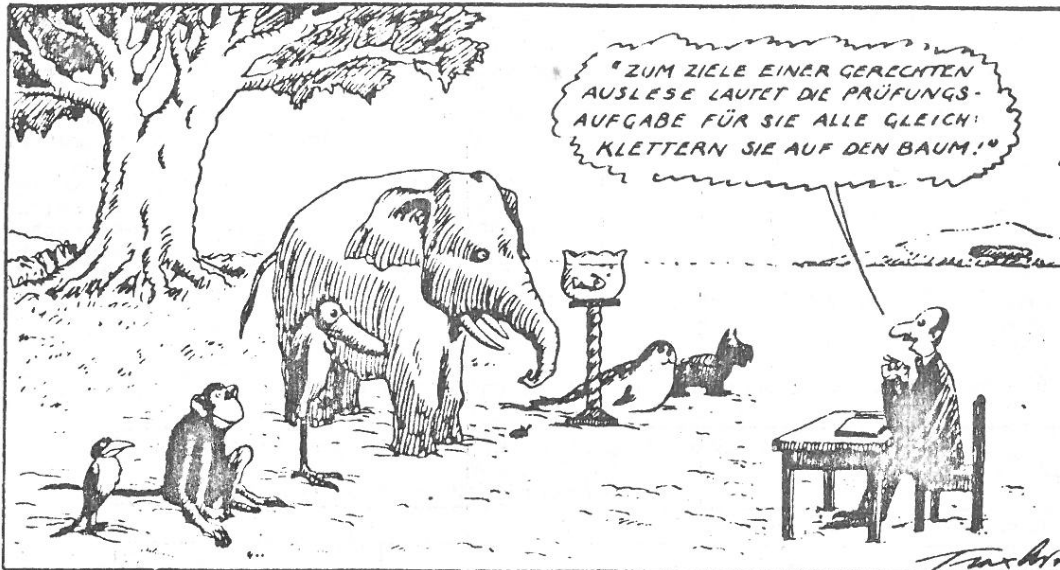
Die AO-Novelle ändert an diesem Dilemma überhaupt nichts. Im Gegenteil: Es ist beabsichtigt die Anforderungen erheblich heraufzuschrauben, als ob sich dadurch das meist fehlende a n w e n d b a r e Wissen vermehren ließe. Nur wer 60% aller Fragen zutreffend beantwortet hat, soll in Zukunft bestanden haben. Lange Zeit war auch die Regelung "bestanden mit 50% richtigen Antworten pro Fach" in der Diskussion.
Das Institut für Medizinische und Pharmazeutische Prüfungsfragen(IMPP) in Mainz hat anhand der alten Examina ausgerechnet, welche Durchfallquoten sich in den bisherigen 6 Examina nach diesen beiden Regelungen ergeben hätten:

Tab.: Die Durchfallquoten nach der verschärften Bestehensregel.

Termin	Durchfallquote nach § 14 d. AO	weniger als 60 % in der Gesamtprüfung	weniger als 50% in mindestens einem Fach
Ergebnisse der ärztlichen Vorprüfung:			
August 1974	6,2%	20,8%	22,1%
März 1975	10,0%	29,3%	35,5%
August 1975	14,7%	34,9%	31,5%
März 1976	11,7%	33,8%	31,7%
August 1976	10,8%	28,0%	28,6%
März 1977	16,7%	40,7%	40,1%
Ergebnisse des ersten Abschnitts der ärztlichen Prüfung:			
August 1974	1,8%	9,3%	2,6%
März 1975	2,5%	13,8%	4,5%
August 1975	4,2%	19,1%	7,9%
März 1976	5,4%	23,6%	9,0%
August 1976	3,3%	15,5%	7,1%
März 1977	5,6%	26,0%	17,7%
Ergebnisse des zweiten Abschnitts der ärztlichen Prüfung:			
August 1976	1.0%	6,7%	3,5%
März 1977	0,5%	5,3%	3,2%
Zahlen nach: H.J.Kraemer (Direktor des IMPP) in: Klinikarzt mit Medizinstudent 6,10(1977)			

Die Zahlen sind alarmierend! Nachdem ohnehin die Durchfallquote von 1974 bis 1977 erheblich gestiegen ist (Physikum von 6,2% auf 16,7%, 1.Teil von 1,8% auf 5,6%),hätte sie nach der 60%-Regelung im März 77 beim Physikum über 40% und beim '1.Teil' 26% betragen. Bei den ausländischen Kommilitonen wird die Durchfallquote bei ca.60-70% liegen!!
Zu Beginn der Novelliererei äußerte sich das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) es "liegen bisher noch keine ausreichenden Erfahrungen vor, auf die eine Änderung des Systems der Bewertung der schriftlichen Prüfung, wie sie von verschiedenen Seiten gefordert worden ist, aufbauen könnte."(1.Entwurf v.26.11.76) Im 2.Entwurf(20.7.77) war ebenfalls keine Änderung vorgesehen, weil "die vorliegenden noch nicht" ausreichen. Dann aber bringt im November 77 der dritte Entwurf die 60%-Klausel. Trotz mangelnder Erfahrungen folgt das BMJFG den Forderungen des Westdeutschen Medizinischen Fakultätentages, des Wissenschaftsrates und des 80.Deutschen Ärztetages.
Es ist anzunehmen, daß sowohl dem Ärztetag als auch all diesen "unabhängigen" Gremien, die größtenteils mit Vertretern der Ärzteverbände besetzt sind, nicht nur klar war, welch enorme Durchfallwelle sie auslösen, sondern das genau dies sogar beabsichtigt ist. In den Schriften zur Standespolitik wurde wiederholt eine verschärfte Selektion unter den Medizinstudenten gefordert, um durch Senkung der Studentenzahlen die Verhinderung der "drohenden Ärzteschwemme" und damit die langfristige Sicherung der Ärzteeinkommen zu erreichen. In ihren Resolutionen und Stellungnahmen an das BMJFG

taucht dieses Argument natürlich nicht auf. Vielmehr behauptet der "unabhängige Sachverstand" ohne jeden Beweis, das Niveau der Studenten sei zu niedrig.
Nun wird aber die Durchfallquote auf 27% durchschnittlich(bezogen auf März 77), viermal höher liegen als in den USA (6,5% Mai 77), deren einheitliche MC-Prüfungen als rigoros gelten und international den Ruf eines hohen Standards genießen (Kraemer a.a.O.). Wie diese Verschärfung das angeblich zu niedrige Niveau beseitigen soll, bleibt ein völliges Rätsel. Es steht vielmehr zu befürchten, daß - was klinisches know how angeht - hier keine Abhilfe geschaffen wird. Im Gegenteil: Stärkerer Druck zum Erlernen des atomisierten Faktenwissens, wird noch weniger Zeit lassen, "Klinisch Denken und Handeln" zu lernen.
Bei der Verschärfung einer inadäquaten Prüfungsform kann ja wohl nicht eine adäquate Prüfungsform herauskommen!!



„Der Ring Christlich Demokratischer Studenten wird zusammen mit anderen demokratischen Kräften dafür sorgen, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Boden für dieses Ungeziefer unfruchtbar wird!" (RCDS-Flugblatt, Regensburg, 5.6.75)

„Auch wenn 90 % der Hamburger Studenten sich für das (allgemein) politische Mandat aussprechen würden, hätte das rechtlich überhaupt keine Bedeutung. Glücklicherweise kann man in unserem Rechtsstaat mit Mehrheiten nicht alles machen." (RCDS-Flugblatt Hamburg, SS 76)



Kinopreisermäßigung

Nach einigen Schwierigkeiten besteht nun die Kinopreisermäßigung für Studenten in allen Lübecker Kinos. Die Kinobesitzer haben diese Regelung zunächst auf ein Vierteljahr begrenzt,und machen die Fortführung von den Studentenzahlen in den Vorstellungen abhängig.
Bei der derzeitigen Qualität des Filmangebots kann man allerdings nicht damit rechnen, daß die Besucherzahlen von Studenten nun sprunghaft ansteigen.
Eine Möglichkeit,die Situation etwas zu bessern,wäre ein Angebot des Zentral-Kino-Besitzers (sofern er sich noch daran erinnert)aufzugreifen. Er zeigte sich bereit,Filmvorschläge entgegenzunehmen und einen Tag der Woche dafür einzuräumen (für den Fall,daß das Interesse groß ist).Wir sollten uns deshalb darum bemühen,Filmvorschläge zusammenzutragen,die dem Zentral-Kino vorgelegt werden können. (Filmtips im AStA-Büro abgeben).
Vielleicht wird's was.

Der bundesweite Streik :

INS SCHWARZE GETROFFEN !

Der erste bundesweite Streik in der Geschichte der Studentenbewegung hat hohe wellen geschlagen. Auch wenn CDU und RCDS et.al. immer noch - nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf-behaupten werden, der Streik fand nicht statt, er sei gescheitert. Niemand, der politisch ernst genommen werden will, kann den großen politischen Erfolg der Kampfmaßnahmen der Studenten leugnen.

Gescheitert ist die Konzeption der bildungspolitischen großen Koalition aller Bundestagsparteien, HRG und LHG ohne Reibungsverluste durchzusetzen und die Studenten durch Terrorismushetze und Isolierung von der arbeitenden Bevölkerung zum Aufgeben und zur Resignation zu zwingen. Durch diese Rechnung hat der Streik einen dicken Strich gemacht.

RICHTIG EINSCHÄTZEN

Sicherlich wäre es verfehlt, den Erfolg des Streiks allein daran messen zu wollen, ob die studentischen Forderungen an HRG/LHG jetzt durchgesetzt sind. Angesichts des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, des überwiegend einheitlichen Kurses von CDU/CSU, SPD und FDP-Führung auf Abbau demokratischer und sozialer Rechte, wäre eine solche Erwartung von der Wirkung des Streiks überzogen und illusionär. Aber gerade wegen dieses gegenwärtigen gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses sind die positiven Wirkungen des bundesweiten Streiks nicht hoch genug einzuschätzen.

1. Der bundesweite Streik war die bisher größte und einheitlichste Massenaktion, die massivste Ablehnung von HRG und LHG's durch Studenten und die übrigen Hochschulangehörigen.

- An 145 Hochschulen wurde gestreikt, auch selbst an RCDS-Hochburgen wie Bochum und Paderborn, an 16 weiteren wurden Aktionstage durchgeführt, lediglich 10-15 haben (oft aufgrund zu hoher Quoren) nicht gestreikt, so z.B. Kiel und Heidelberg. Über 500 000 Studenten machten mit.

- An über 40 Demonstrationen nahmen weit mehr als 100 000 Studenten teil, abzüglich der mitdemonstrierenden Arbeiterjugendlichen und Gewerkschafter.

- An 87 Hochschulen wurden Demokratische Gegenhochschulen aufgebaut mit (vorsichtig gerechnet) über 3500 durchgeführten Alternativveranstaltungen.

- Während es im SS noch als eine Sensation durch den bundesdeutschen Blätterwald rauschte, daß in Hamburg auf der Demo 500 Hochschullehrer mitdemonstrierten, hat dieses Beispiel jetzt Schule gemacht : Die eigenständige und stärkere Beteiligung von Hochschullehrern an den Streikaktivitäten fand ihren Ausdruck auch in zahlreichen Hochschullehrerblocks auf den Demos in Stuttgart, Hamburg, Bielefeld und anderswo.

ISOLIERUNGSTAKTIK DURCHBROCHEN

2. Mit dem bundesweiten Streik hat der Versuch der CDU/CSU, der SPD- und FDP- Fürung die Studenten gesellschaftlich zu isolieren, sie in einen Gegensatz zur arbeitenden Bevölkerung zu drängen und durch massive Einschüchterungsversuche von Kampfmaßnahmen abzuhalten, eine eindeutige Niederlage erlitten.

Erinnern wir uns: Schon Wochen vor dem Streik drängte die CDU/CSU die Hochschulen in den "Sympathisantensumpf" und diffamierte sie als "Tainingscamps für Terroristen". Biallas, Rau, Rhode u.a. drohten mit teilweise massiven Repressionsmaßnahmen um in einer Art Machtprobe die Studenten einzuschüchtern und sie in die Knie zu zwingen. Die Taktik , dem Streik durch Repression, Drohung und Provokationen wie Ausweiskontrollen, Stationierung von Polizei in Unigebäuden, Urabstimmungsverboten, Anordnungen und gerichtlichen Verfügungen beizukommen, ist an der politischen Reife und Breite der Studentenbewegung nahezu überall gescheitert. Eine deutliche Wende und Klimaveränderung in der öffentlichen Diskussion ist durch den Streik eingetreten.
Der Terrorismusvorwurf spielte immer weniger eine Rolle. Stattdessen waren alle Massenmedien und selbst die CDU gezwungen, im Verlauf des Streiks immer mehr über die wirklichen Ursachen des Streiks zu berichten. Einige führende FDP und SPD Politiker wiez.B. Rohde und Brandt, die diesen Streik bekämpft haben, begannen "plötzlich" von der "Berechtigung des studentischen Protests" zu reden. Ohne die Doppelzüngigkeit dieser Tour zu verkennen, bleibt festzu-

stellen : mit diesem von uns erzwungenen Taktikwechsel der Herrschenden ist eine wichtige Verbesserung der studentischen Kampfbedingungen erreicht worden.
Denn es ist nun mal ein Erfolg , wenn jetzt im Zusammenhang mit den Studenten nicht mehr nur von Terroristen gesprochen wird, sondern von der sachlichen Berechtigung des Protests. Zudem wurden erstmals seit Jahren Politiker, die bisher kaltschnäuzig über alle Forderungen der Studenten hinweggegangen sind, gezwungen, jetzt auf sie - wenn auch nur verbal- einzugehen.

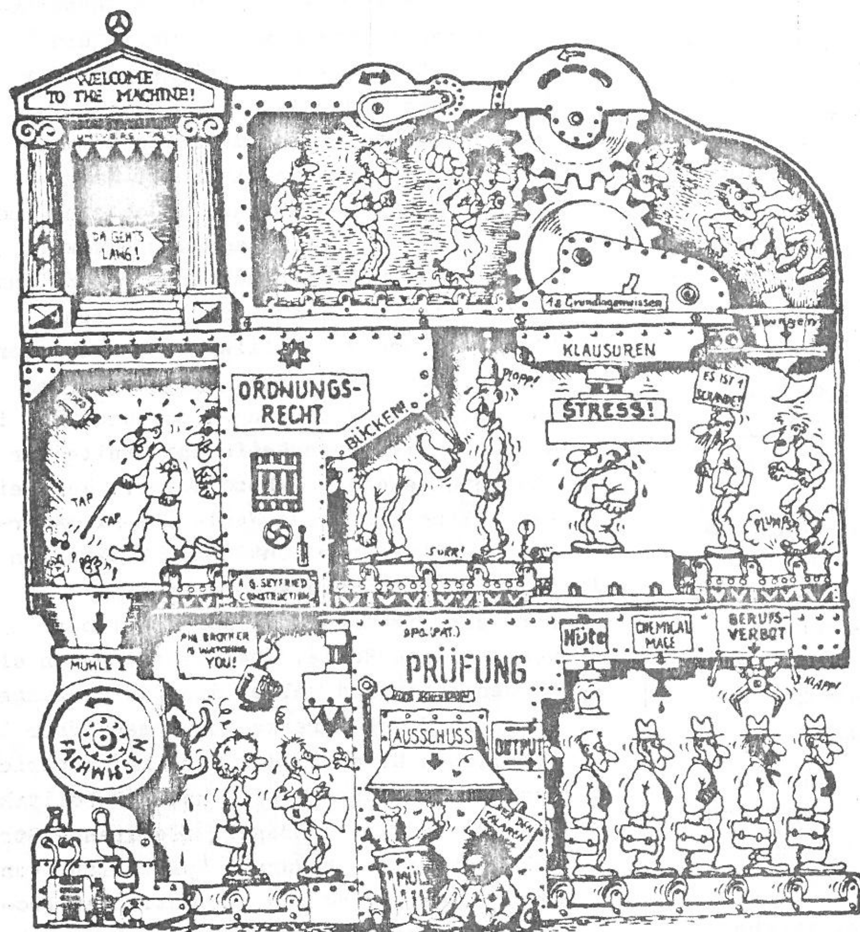
KEIN VERSTÄNDNIS ? ...UND OB!!

3. Vor dem Streik gingen RCDS, Politiker, Präsidien, Rektoren und die "Alternative" mit der Behauptung hausieren, ein Studentenstreik fände in der arbeitenden Bevölkerung kein Verständnis und schade deshalb unseren Interessen.
Das genaue Gegenteil ist eingetreten :
- In wesentlich breiterer Form denn je ist es den Studenten in der ganzen BRD gelungen, durch Schaffung einer demokratischen Gegenöffentlichkeit die arbeitende Bevölkerung über Forderungen und Ziele der Studenten zu informieren.

Eine halbe Million Bevölkerungszeitungen, viele Millionen Flugblätter wurden an Infoständen, vor Betrieben, Schulen und Bahnhöfen sowie bei Briefkastensteckaktionen an die Bevölkerung verteilt - die Zahl der Gespräche ist Legion !
Die Solidarität aus Betrieben und Gewerkschaften mit den studentischen Forderungen hat ein Ausmaß erreicht, mit dem eigentlich niemand gerechnet hatte.
Neben zahlreichen Betriebsräten und Vertrauensleuten aller Bundesländer sind vor allem hervorzuheben :
- Die Erklärung des DGB-Landesbezirks Nordmark
- Die Stellungnahme der 10. Bundesjugendkonverenz des DGB
- Solidaritätserklärungen vieler Landesjugendringe, Stadtjugendringe, örtlicher und betrieblicher Jugendvertretungen
- Die GEW-Stellungnahme zur Unterstützung der Protestaktionen
- Erklärungen gewerkschaftlicher Delegiertenkonverenzen und Bezirksvorständen wie Funktionären
- Solidaritätsschreiben von Vertrauensleutekörpern z.B. von Gruner & Jahr und der Springer-Verlags-AG
- Solidaritätserklärungen vom Kongress des BdWi (Bund demokratischer Wissenschaftler) und von zahlreichen ausländischen Studentenverbänden etc. etc. etc.

Zu konkreter Zusammenarbeit kam es an

Impressum: v.i.S.d.P ASTA der Medizinischen Hochsch[ule]
Lübeck
Ratzeburger Allee 160
2400 LÜBECK





ACHTUNG!
„Alternative"!
Das ist eine Karrikatur!
Keine Aufforderung zur Gewalt!

Dutzenden von Fachbereichen mit Jugendvertretern, Betriebs- und Vertrauensleuten sowie mit Wissenschaftlern und Gewerkschaftsfunktionären die konkrete Projekte gemeinsam bearbeiteten und Aktionen durchführten.
Höhepunkte gemeinsamen Handelns waren vielerorts Demonstrationen von Arbeiterjugend, Schülern und Studenten für das Recht auf Arbeit und Bildung .

Kein Verständnis allerdings konnten die überzogenen Maßnahmen der Kultus- und Unibürokratien wecken (außer bei Schwarz- und Schwachgeistern, Abendlandverteidigern, Verfassungsschützern etc. pp.) wie z.B. Urabstimmungsverbote an über 10 Unis, Strafanzeigen und Ordnungsrechtsanwendungen, Polizeieinsätzen, Bafögentzugsverfahren, Disziplinarverfahren gegen Profs, die sich aktiv am Streik beteiligten und weiteren Schikanen, die wir im kleinen Lübeck ja ebenfalls erfahren mußten.
Insgesamt läßt sich sagen :
Trotz allem prophylaktischen Hetzgetöse und -geschrei beginnen sich die Umrisse eines breiten Bündnisses, einer großen bildungspolitischen Koalition von unten abzuzeichnen.

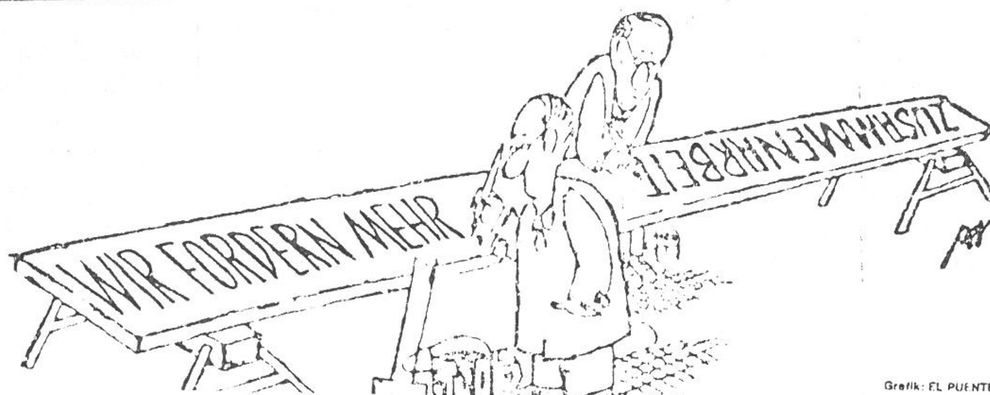
DIFFERENZIERUNG IM LAGER DER HRG-VERFECHTER

Der Streik hat Reaktionen verantwortlicher Bildungpolitiker erzwungen, die Sand im Getriebe der HRG - Umsetzung bedeuten.
- So haben sich Biallas und Franke, Rau und Rohde, sieben Bundestagsabgeordnete, die FDP-Fraktion im NRW-Landtag, die SPD-Fraktionen in den Landtagen von BaWü und Rh-Pfalz und die FDP-Fraktön in Hessen unterschiedlich für die völlige oder teilweise Novellierung des HRG, bzw. Revidierungen der LHG's ausgesprochen.

DOCH SKEPSIS IST ANGEBRACHT !

Blauäugiges Vertrauen auf diese Parlamentarier verbietet sich nach all unseren Erfahrungen von selbst - schließlich stehen mehrere Wahlen bevor !!
Werden diese Absichtserklärungen nicht jetzt bei den geplanten LHG-Novellierungen in die Tat umgesetzt, müssen sie als Versuch angesehen werden, den Studenten Sand in die Augen zu streuen, um reaktionäre LHG's entsprechend den HRG-Bestimmungen zu verabschieden - ohne erneute Proteste der Hochschulangehörigen hervorzurufen.
Wir haben diese verbalen Zugeständnisse erzwungen, wir müssen sie und können sie nutzen. Der Boden unter den Füßen der HRG-Verfechter ist seit dem Streik unsicher geworden.

GEGEN DIE RECHTSENTWICKLUNG



Grafik: EL PUENTE

Der Streik war ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die Rechtsentwicklung in der BRD.
Die Gefährdung der demokratischen Grundrechte, die Notwendigkeit des politischen Mandats, Hitlerwelle und Neofaschismus, Demokratenhetze und -diffamierung usw. waren Inhalte vieler Diskussionen und Seminarinitiativen, die zusammen mit Antifaschisten, Brufsverbotsopfern und Schriftstellern abgehalten wurden.
Zehntausende von Studenten wurden erstmals hart mit dieser Problematik konfrontiert, bezogen Stellung und lernten auf einem Gebiet dazu, das ihnen bislang vorenthalten wurde.
Durch die breite und einheitliche Aktion der Studenten gelang es, der Diffamierungskampagneder CDU (Brutstätten des Terrors) sowie den Provokationsabsichten der CDU/CSU und RCDS wirksam entgegenzutreten.
Damit ist der Terror-Demagogie ein gutes Stück Legitimation entzogen.und so ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Veränderung des innenpolitischen Klimas in der BRD geleistet worden.

Der bundesweite Streik hat auch - zusammen mit den Aktionen der Arbeiterju-

gend - als erste und geschlossene soziale Massenbewegung nach Beginn der Terrorismushetze und des verschärften Rechtsdrucks eine wichtige allgemeinpolitische Funktion: Er hat bewiesen, daß auf der Grundlage der Aktionseinheit, des Zusammenwirkens von Juso HSG, SHB, MSB Spartakus, LHV und z.T. der Basisgruppen, es möglich ist, in Massenaktionen die eigenen Interessen effektiv zu vertreten. Er ist ein Beweis dafür, daß die Rechtsentwicklung keineswegs sich automatisch durchsetzt und auch nicht automatisch nachlassende Kampfbereitschaft eintritt.
Das ist angesichts der gegenwärtigen Situation in der BRD ein tatsächlich großer Erfolg des Streiks !

FAZIT

Diese Ausführungen sollen keine abschließende Streikeinschätzung darstellen.
Neben den angeführten positiven Wirkungen des Streiks sollte auch sehr berechtigte Kritik an der Vorbereitung bzw. Durchführung örtlich und bundesweit geübt werden. Für den Bereich der MHL werden weiter unten einige Thesen formuliert.
Doch eines kann und muß man jetzt schon mit Sicherheit sagen :
Die hochschulpolitische Landschaft ist nach dem Streik eine andere. Nicht die Studentenbewegung hat Zugeständnisse machen müssen, nicht sie hat Forderungen aufgeben müssen, nicht sie hat ihre Taktik geändert - sondern ihr Gegner, die HRG-Verfechter.
Deshalb heißt auch die wichtigste Lehre dieses Streiks : erst Kampfaktionen haben die Politiker zu verbalen Zugeständnissen gezwungen, nur weitere Kampfaktionen können dafür sorgen, daß diesen Worten auch Taten folgen !

Für die MHL werden hier einige Thesen zur Auswertung angeboten.

1. Der Asta hat es aufgrund seiner erst wenig zuvor erfolgten Konstituierung und der damit zusammenhängenden Problematik (Einarbeitung, Grundsatzdiskussionen) versäumt, so früh wie möglich die Aussprache mit den Kommilitonen über die Frage"Streik - ja oder nein" zu beginnen. So mußten die Vorlage des Asta und der Beschluß des Stupa wie aufgepfropft anmuten.
Infolge dessen waren die vorbereitenden Diskussionen mehr von Hektik als von inhaltlicher Auseinandersetzung getragen.
2. Die ungenügende Streikauswertung des SS behinderte insgesamt die Diskussion um die Notwendigkeit eines neuen Streiks insofern, als sämtliche Erfahrungen örtlicher und nationaler Art unberücksichtigt blieben. Somit konnte aus Fehlern nicht gelernt werden, Neues nicht aufgenommen und Bewährtes nicht verarbeitet werden.
3. Das auf den ersten Blick spontane Auftreten der "Alternative" zu einem Zeitpunkt, an dem in der Studentenschaft über die neuen Verschärfungen von LHG und AO mehr Unwissen als Wissen vorlag, erleichterte es ihr , mit Demagogie und Verleumdung, der Ausnutzung unterschwelliger Ängste und professoraler Anmaßung , Fuß zu fassen.
4. Die soziale Zusammensetzung der MHL-Studenten sollte nicht überinterpretiert werden. Gerade an kleinen Hochschulen (auch an RCDS-Hochburgen) wurde oftmals 100% ig gestreikt.
5. Der enge "Lübecksche Horizont" muß, soll die Studentenbewegung hier nicht in privater Abgeschiedenheit oder im schwarzen Sumpf der "Alternative" ihr Ende finden, durchbrochen werden hin zu Solidarität, politischem Denken und gesellschaftlichem Handeln. Dies gilt als Aufgabe nicht nur für jeden Asta, sondern erst recht für jeden Kommilitonen, der die Politik in der BRD nicht den Strauß, Dregger und Springer überlassen will.

Aus der Kernkraftforschung: Fluch und Segen





ÜBER DIE (UN-)MÖGLICHKEIT STUDENTISCHER POLITIK

1. DER STREIK

Der gescheiterte Streik macht einiges klar: Gab es während der Vorbereitung dieses "Kampfes" noch heftige Auseinandersetzungen über Sinn und Effizienz dieses Mittels studentischer Politik und tat sich ein Großteil der Studenten durch seinen scheinbar engagierten Einsatz für einen "demokratischen Dialog" hervor, so war von allen diesen Kommilitonen weder zu sehn noch zu hören, als es daran ging aus dem gescheiterten Streik das Beste und sich in der Öffentlichkeit verständlich zu machen.Die Arbeitskreise über HRG und LHG fanden nur sehr mäßiges Interesse, die Aufklärungsaktionen in der Breiten Straße und die Teilnahme an der "zentralen" Demonstration auf Lübecks Strassen wurde wenigen Unentwegten überlassen. Die "Alternative " und die schweigende Mehrheit waren's zufrieden:Den Streik hatte man abgewendet, seine Ruhe bewahrt und mit den eigenen Argumenten für Aktionstage etc. hatte man es ja sowieso nicht so ernst gemeint !

(Was der Staat und seine Politiker vom "demokratischen Dialog" halten,wurde allen Sehenden und Hörenden anläßlich einer Diskussion über die geplante LHG-Novelle von den Herrn aus dem Kultusministerium anschaulich vorgeführt.)

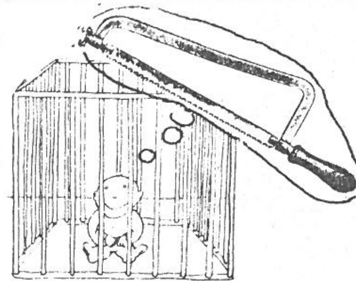
2. PROZESSE, ZWANGSATZUNG UND DAS POLITISCHE MANDAT

Kurz vor Weihnachten flatterte dem ASTA die vom Präsidium erlassene Zwangssatzung ins Haus, die die satzungslose, die schreckliche Zeit endlich beenden sollte (Für die GUST- Leute sicher wie ein Erlösungssignal , das endlich die Wiederkehr"gesetzlicher" Zustände ankündigt). Zwar geht diese Zwangssatzung in keinem Punkt über das Landeshochschulgesetz hinaus, bescherte uns also zum Fest keine besondere Überraschung, demonstrierte aber die Entschlossenheit des Staats und seiner Organe , seine Gesetze(LHG,HRG) auch voll und ganz durchzusetzen.

3. EINIGKEIT MACHT STARK, VORAUSGESETZT MAN WEISS WOZU

Schauen wir uns die Situation an(nicht nur in Lübeck, unter den besonderen Bedingungen der Provinz): Die Studenten wählen ein Studentenparlament, dieses hofft darauf,einen willigen und fähigen ASTA-Vorsitzenden zu finden, den es dann auch flugs wähltund der sucht sich seine Mannen, mit denen er schließlich die Politik macht: diese allerdings beschränkt sich dann (überwiegend) darauf, die Möglichkeiten für eine studentische Politik zu erhalten; die Politk selbst findet (vorläufig) nicht statt. Der dauernde Streit um die Satzung, ums politische Mandat, um den Erhalt der verfaßten Studentenschaft hat ja nur das eine Ziel, die Bedingungen zu erhalten, unter denen die Studenten Politik machen könnten.

Was aber ist das - studentische Politik? Der Kampf gegen das Ordnungsrecht- und damit gegen eine staatlich beherrschte Wissenschaft , der Einsatz für bessere Lern- und Lebensbedingungen(dahin gehört auch die Gremienarbeit) aber auch:die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Implikationen des Lernens und des Wissens,



die Reflektion auf die eigene Stellung im Prozeß der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums, die Reflektion auf die Ursachen von Krankheit- kurz, die Beschäftigung mit der Gesellschaft in der wir leben.

Schließlich sind wir Kopfarbeiter,eigentlich Bevorzugte, denen zur Bewältigung des eigenen Lebenszusammenhangs das Denken zur Verfügung steht. Weder den konkreten Kampf(oder weniger pathetisch, den Versuch sich zu wehren) noch das Denken kann der ASTA oder auch das STUPA stellvertretend für die Studenten wahrnehmen.

Das ist das Dilemma studentischer Politik:Wird sie als das begriffen, was sie ist, nämlich als Kritk bestehender Verhältnisse, kann sie nicht mehr "demokratisch"-stellvertretend von wenigen für viele erfolgen.

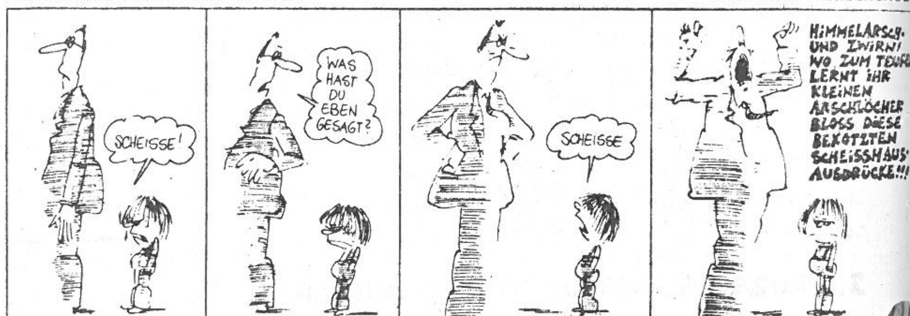
Aber:Der ASTA ist juristisch ein Vertretungsorgan, das die Beschlüsse

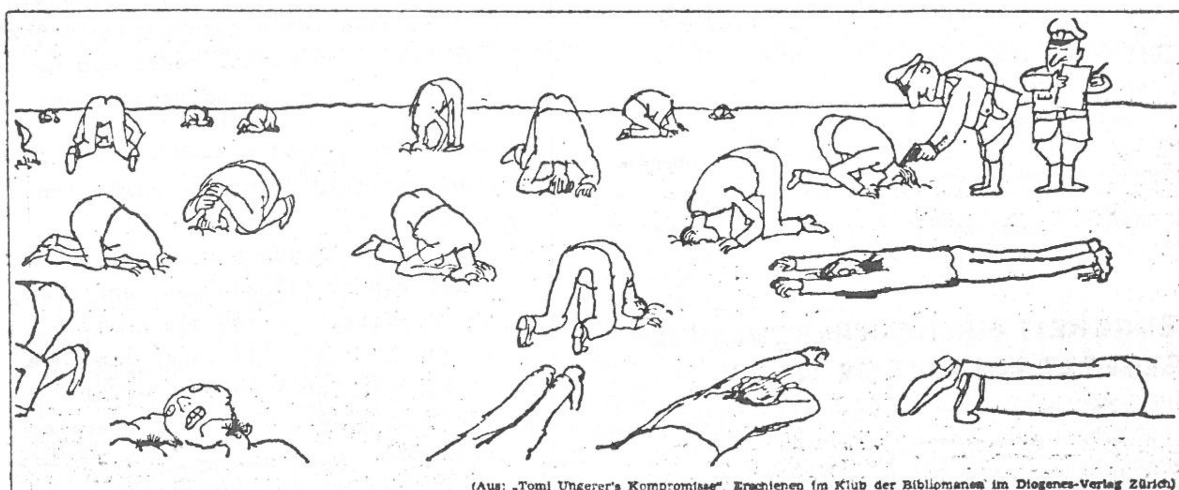
des STUPA's nur ausführt. Praktisch müsste er ein Organ sein, das die Studenten zu politischem Denken und Handeln anleitet (zumindest vorläufig)! Dazu fehlt e s an allem:an der finanziellen und personellen Ausstattung des ASTA und an der Bereitschaft und dem Interesse der Studentenschaft !

4. EIN KLAUSURENSTREIK HAT MIT POLITIK SO VIEL ZU TUN WIE DIE NÄCHSTE LOHNRUNDE MIT DER REVOLUTION!

Einem schlichten Irrtum ist der Eindruck anzulasten, die politische Situation an der MHL hätte sich seit den Zeiten einer traumhaften Solidarität gegen einen Hochschullehrer bis hin zur Niederlage des Streiks um 180° gedreht.Das Auftreten alternativer Studenten und ihre offene Propagierung einer konservativen Politik besagt nichts über eine Tendeznwende, genausowenig wie die Einigkeit gegen die Klausur etwas über das fortgeschrittene Bewußtsein der Beteiligten aussagte:Es ist eben etwas Anderes, sich einig und stark in einer Auseinandersetzung zu fühlen, die offensichtlich und unmittelbar die eigenen Interessen angeht, als z.B. wegen eines Gesetzes wie dem HRG, das vermeintlich sowieso nur einige hoffnungslose Chaoten trifft, auf die Barrikaden zu gehen. Die Hoffnung des Bürgers war es noch immer, daß das in der Ferne aufziehende Gewitter vorüberzöge oder doch wenigsten den Nachbarn und Konkurrenten träfe.
Daß die augenblicklichen Anstrengungen des Staats die Durchsetzung manifester Interessen um das Funktionieren auch der Wissenschaft und Medizin im großen Gleichklang der Konkurrenz auf allen Märkten befördern, interesdert die wenigsten, wissen sie sich doch im Einverständnis mit seinen Zielen oder doch zumindest auf der richtigen, der profitablen Seite des großen Staats-Theaters.







(Aus: „Tomi Ungerer's Kompromisse". Erschienen im Klub der Bibliomanen im Diogenes-Verlag Zürich)

Was geht das uns denn an ...?

Wer von uns freut sich nicht auf das gute Geld, das man in Zukunft als Arzt zu verdienen gedenkt? Wo das Geld für die Gesundheitsversorgung aber herkommt, wie und wohin es verteilt wird bis ein Teil der Gesamtausgaben in der eigenen Tasche landet, bleibt für die meisten in dichtem Nebel. Begriffe, wie "Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)" oder "Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz (KVKG)" kennt man zwar vom Hörensagen, die konkreten Zusammenhänge der Finanzierung des Gesundheitswesens werden von Medizinstudenten aber oft regelrecht verdrängt. Eine viel beschworene "Kostenexplosion" wird zur Kenntnis genommen - okay, da muß halt irgendwo gespart werden - solange das Gerede vom Sparen aber nicht das eigene künftige Portemonnaie betrifft, läßt die wirkungsvolle Präsenz der Standesorganisationen den angehenden Doktor gelassen in die Zukunft schauen.

Inzwischen sind allerdings einige Zweifel an der Selbstverständlichkeit gerechtfertigt, mit der sich ein künftiger Mediziner in der Rolle des Lobby-geschützten Großverdieners sieht. Nicht zuletzt die oben erwähnten Gesetze werden ihren Teil dazu beitragen. Der arbeitslose Arzt wird bald nicht mehr nur eine Vision aus Alpträumen sein.

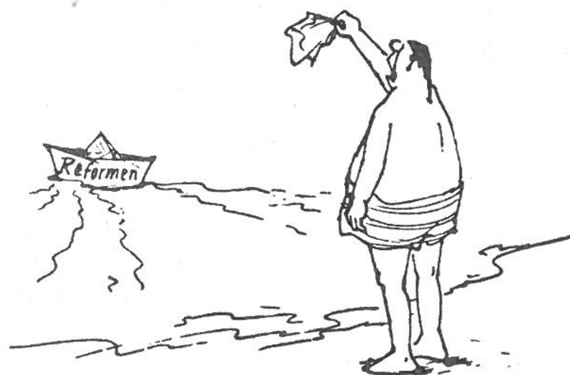
Die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema ist deshalb gerade neut, angesichts der geballten "Reformen", dringend erforderlich. Schließlich haben die Sparmaßnahmen ganz erhebliche Auswirkungen auf die Dimensionen ärztlichen Handelns - und damit auch auf die Gesundheit der Patienten.

Im Folgenden soll deshalb mit eindeutiger Parteinahme für die Interessen der Patienten die Problematik der "Kostenexplosion" und ihrer Bekämpfung durch "Sparmaßnahmen" im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang untersucht werden.

„Kostendämpfung" – auf wessen Kosten?

Was heißt hier „Explosion"?

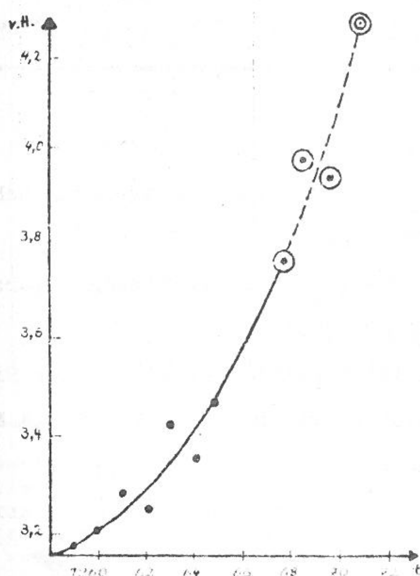
Zuerst müssen wir die Voraussetzung für die Sparmaßnahmen, die sog. "Kostenexplosion" genauer betrachten. (SPIEGEL-Titel: "Die Bombe tickt") Die Zahlen, mit denen bei der Begründung weitreichender Konsequenzen argumentiert wird, beziehen sich fast ausschließlich auf die Ausgabenentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in ihrem Verhältnis zum Bruttosozialprodukt (BSP). (Geschätzter Anteil der GKV am BSP: 6,4%)



Manipulation mit der Statistik

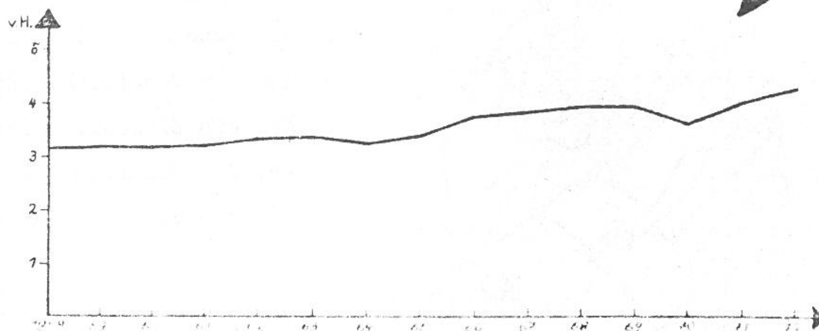
Wie fragwürdig die Auslegung der Daten ist, beweisen die beiden Abbildungen, bei denen lediglich die Relation auf den Koordinaten geändert worden sind.

Abb. 1: Ausgaben für die GKV in v. H. des BSP von 1958 bis 1972 (wie Abb. 2)



Wie wir's alle bei Fassl gelernt haben sollten, wird an diesem Beispiel der mögliche Mißbrauch der Statistik überdeutlich: Die exponentiell "Explosion" entpuppt sich als linearer Anstieg!

Abb. 2: Ausgaben für die GKV in v. H. des BSP von 1958 bis 1972 (wie Abb. 1)



Die Bezugsgröße ändert sich

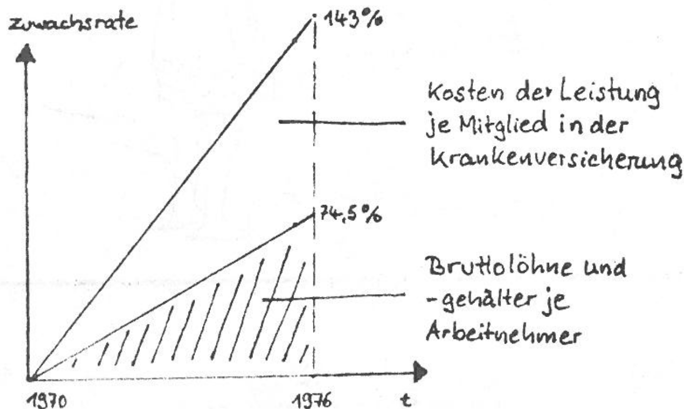
Das Bruttosozialprodukt (BSP) ist zudem eine fragwürdige Bezugsgröße: Durch die seit Jahren sinkende Wachstumsrate und den Rückgang der Zahl der abhängig Beschäftigten (von 1973 bis 76 um 1,25 Mill.!) verliert der relativ zum BSP bemessene Ausgabenanstieg der GKV an Aussagekraft. Weitaus wesentlicher aber erscheint eine genauere Analyse der GKV selbst, ihrer Einnahmen und Ausgaben, sowie der möglichen Ursachen für den Anstieg der Kosten in den letzten Jahren.

Die GKV ist nur ein Teil der Kosten

Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die GKV-Ausgaben nur einen Teil des volkswirtschaftlichen Gesundheitsaufwandes ausmachen. Die Gesamtausgaben für Gesundheit stzen sich nämlich zusammen aus Dienst- und Sachleistungen, Geldleistungen (Krankengeld, Lohnfortzahlung etc.) und Produktionsausfall. Nun ist aber festzustellen, daß die Steigerungsraten der GKV beträchtlich höher sind, als die der Gesamtkosten. Dies ist ein eindeutiger Hinweis darauf, daß es sich bei den gestiegenen Ausgaben der GKV vielfach nur um Kostenverschiebungen handelt. Leistungen, die vorher von anderer Seite finanziert wurden, müssen mittlerweile durch die Krankenversicherung abgedeckt werden.

Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Wo kann diese Verschiebung der Ausgaben zu Lasten der GKV konkret nachgewiesen werden? Eine wichtige Rolle spielt dabei das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG). Nach §4 arbeiten die Krankenhäuser seitdem über die Pflegesätze "kostendeckend" - die meist kommunalen Zuschüsse für die laufenden Kosten der ständig im Defizit wirtschaftenden Krankenhäuser, fallen flach. Das fehlende Geld muß nach drastischer Anhebung der Pflegesätze nun von den Versicherten durch höhere Beiträge aufgebracht werden:

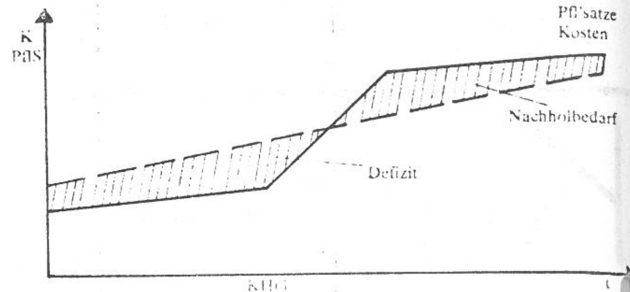


So sieht's vor Ort aus:

	1973	1978
Pflegesatz der MHL (2-Bett-Zimmer)	99,90 DM	271,- DM
Kassenhöchstsatz (50%) der Krankenversicherung	77,90 DM	156,79 DM

Dabei übernahmen die Pflegesätze "kompensatorisch" noch Defizite aus der Zeit vor dem KHG (unterlassene Abschreibungen etc.):

Abb. 5: Kosten- und Pflegesatzentwicklung in Abhängigkeit von den Regelungen der neuen Krankenhausgesetzgebung



Die aktuelle Abnahme der Zuwachsrate bei den Pflegesätzen bestätigt diese Entwicklung.

Mehr Mitglieder - weniger Beiträge

Für eine Kostenverlagerung spricht weiterhin die Änderung der GKV-Mitgliedschaft: Der Anteil der mitversicherten Angehörigen (Kinder, Hausfrauen etc.) ist durch die absolut wachsende Mitgliederzahl (1960: 83,4%, 1975: 92,1% der Bevölkerung), etwa durch die Aufnahme vieler Familien des Mittelstandes in die freiwillige Sozialversicherung gestiegen.(so u.a. viele Bauern, Handwerker etc. die dem Druck der Unternehmenskonzentration nicht mehr standhalten konnten)Schließlich sind 58,2% aller Versicherten "Erwerbslose und Nicht-Erwerbspersonen". Der Anteil der Rentner in der GKV ist prozentual angestiegen.

Mehr Arbeitslose - die „Solidargemeinschaft" zahlt

Die Dauerarbeitlosigkeit führt nicht nur zu einem zahlenmäßigen Anstieg der Mitversicherten ohne Beitragsleistung (=Mindereinnahmen z.B. Ehefrauen, die keine Arbeit finden, Jugendliche ohne Lehrstelle), sondern durch den fehlenden Unternehmensanteil bei den Gesundheitskosten (im Arbeitsverhältnis sonst 50% des Beitrags) zu einer zusätzlichen Belastung der GKV. (Dieser Unternehmer-"Bei-



„Bei uns herrscht Personalmangel — könnten Sie wohl mal Ihren Finger auf den Knoten halten?"

Der Student sollte wissen...

...daß die durchschnittliche Lebenserwartung der männlichen Bevölkerung seit Jahren zurückgeht.

...daß rund die Hälfte der gewerblichen Arbeitnehmer vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden.

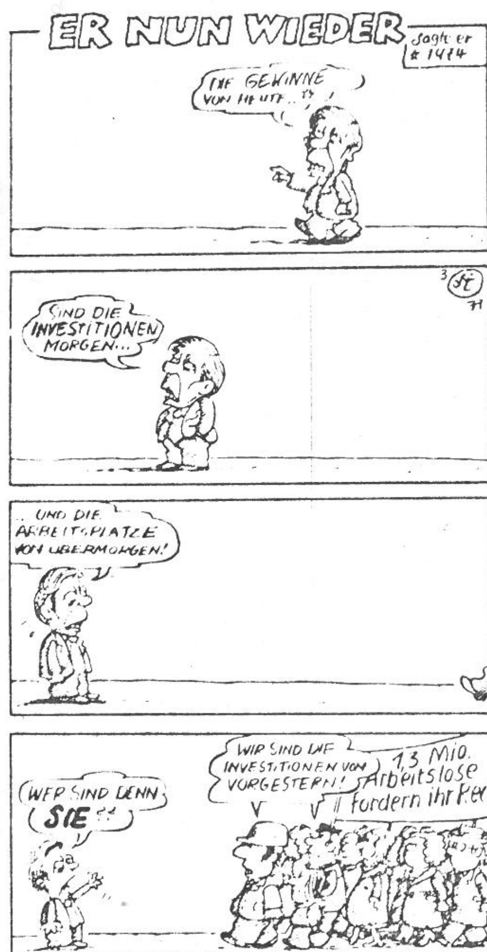
...daß ein pflichtversicherter Arbeitnehmer allein zur Finanzierung der Gesetzlichem Krankenversicherung (GKV) 1 1/4 Monate des Jahres arbeiten muß (1977).



trag" zur GKV ist nicht etwa eine "Sozialleistung", sondern nicht anderes, als vorenthaltener Lohn, mit dem sich die Arbeitgeber ihr Stimmrecht bei der GKV "eingehandelt" haben.) Im selben Sinne sinkt durch das vorgezogene Rentenalter der Beitrag der Unternehmen zur Krankenversorgung der Rentner, deren meist lediierte Gesundheit ja sicher nicht unabhängig von ihrer lebenslangen Arbeit zu sehen ist.
Die "Solidargemeinschaft" aller Beitragszahler übernimmt somit indirekt die Folgekosten von Kapitalkonzentration und Wirtschaftskrise. Die Privatunternehmen dagegen entledigen sich mit staatlicher Rückendeckung zunehmend ihrer sozialen Verpflichtungen und nutzen die angespannte Lage dazu rücksichtslos ihre Profitinteressen auszubauen.

Die Pharmaindustrie bedient sich

Die Arzneimittelindustrie war 1973 bei den Gesamtausgaben der GKV von 4o Mrd. DM mit 8,3 Mrd. DM dabei. Die Ausgabensteigerung für Arzneimittel betrug von 197o bis 76 über 1oo% ! Nicht vergessen sollte man dabei, daß nach Auskunft des Bundeskartellamtes die Pharmaindusrie 3o-4o% ihres Umsatzes für Werbung und nur 1o% für wissenschaftliche Forschung aufwendet(1975).
Trotz einer sinkenden Zuwachsrate in der Produktion gelingt es der Pharmaindustrie durch ständige Erhöhung der Preise die Gewinne weiter in die Höhe zu treiben. Im "Selbstbedienungsladen" Gesundheitswesen bleibt es so, wie es in kapitalistischen Ländern ohne Preis- und Investitionskontrolle nun mal ist: Staatliche Einschränkungen (Sparmaßnahmen) bei der Arzneimittelverordnung oder beim apparativen Ausbau werden (bei aller Fragwürdigkeit ihrer Indikation) von der Wirtschaft mit Preiserhöhungen beantwortet. Leistungen werden eingeschränkt, Beiträge erhöht - während die Pharmakonzerne unkontrollierte Gewinne machen. Sparen "dürfen" also immer die, die sowieso schon am wenigsten haben - Logik eines Systems.



Von der Steuerfinanzierung zur Beitragsfinanzierung

Einen wichtigen Beitrag zur Kostenverlagerung im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Gesundheitsaufwendungen brachte das 2o. Rentenanpassungsgesetz: Die Krankenversicherung der Rentner wird durch Beiträge der Rentenversicherung und der Krankenversicherung finanziert. Ursprünglich(1967) auf 11% vorgesehen, hatte sich der Anteil der Rentenversicherungsbeteiligung an den Gesundheitskosten der Rentner auf 17%(1975) erhöht. Auf den Ausgleich dieser Differenz durch Staatszuschüsse wird in Zukunft "verzichtet. Die nun entstehende Finanzierungslücke bei der Krankenversorgung der Rentner soll durch Beitragserhöhungen und "Leistungseingrenzungen" ausgeglichen werden, d.h., die Verweigerung der staatlichen Zuschüsse geht nun voll und ganz zu Lasten der Beitragszahler. Dies sind dann hauptsächlich die unteren und mittleren Einkommensgruppen. Die Beteiligung der Gewinneinkommen(Unternehmensprofite) an den Gesundheitskosten wurde hingegen aufgehoben. Mit den bis 198o in der Rentenversicherung eingesparten ca.32.Mrd.DM finanziert der Staat die "Konjunkturförderung". Gesundheitspolitik wird so zum Objekt wirtschaftspolitischer Regulierungsversuche.

Die Verwertbarkeit von Gesundheit sinkt

Steigende Ausgaben sind nicht prinzipiell abzulehnen, da sie nicht nur kurzfristig sozialen und humanen Bedürfnissen entsprechen, sondern langfristig auch ökonomisch durchaus sinnvoll und effektiv sind. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß Gesundheitsfürsorge ganz wesentlich der Reproduktion von Arbeitskraft dient - letztlich also eine gewinnbringende Investition ist. Durch die immer kürzer werdenden Abstände zwischen Aufschwung und Krise sind die Interessen der Unternehmer aber zunehmend kurzfristig ausgelegt. Ihr Profitinteresse an einer langfristigen Gesundheitssicherung der Arbeitnehmer nimmt daher ständig ab.

Statt „Kostendämpfung"-Strukturreform!

Eine drastische Kostensenkung im Gesundheitswesen(insbesondere durch Leistungseingrenzungen) ist nicht gerechtfertigt, da es sich nicht um eine"Kostenexplosion", sondern hauptsächlich um die Umverlagerung der Gesundheitskosten handelt.
Sparmaßnahmen, die nicht gleichzeitig Strukturreformen sind, bringen für den Patienten nur eine Verschlechterung der Versorgung und für den im Gesundheitswesen tätigen.(das werden dann auch wir sein!) eine intensivere Ausnutzung der Arbeitskraft

Notwendige Maßnahmen

Eine Senkung der jährlichen Zuwachsrate der Kosten läßt sich jedoch durch die Abschaffung des "profitwirtschaftlich ausgenutzten Selbstbedienungsladens" erreichen:
- Einschränkung der Pharma-Werbung
- Kontrolle der Preise im Pharma- und Gerätesektor
- Abschöpfung der oberen Einkommensgruppen der niedergelassenen Ärzte, Chefärzte und Apotheker
- Entlastung des Gesundheitswesens von "medizinierten" sozialen Problemen (z.B. Abschieben von pflegebedürftigen Alten in Krankenhäuser)
- Abbau der Privatisierung gewinnträchtiger Bereiche der medizinischen Versorgung (z.B. Belegarztsystem, priv.Apotheke s.h. Krkhs.Süd)

- Integration der diversen Institutionen zu einem geschlossenen System zur Steigerung der medizinischen und wirtschaftlichen Effizienz (z.B.gibt es in einem Kölner Stadtteil drei Krankenhäuser mit Nuclearmedizinischen Abteilungen, die alle nicht ausgelastet sind.)
- Ausbau präventiver und rehabilitativer Einrichtungen unter Einbeziehung der sozialen und psychischen Dimension der Medizin.

Verhindern ist besser als heilen!

Langfristig ist eine Kostensenkung durch die Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung anzustreben.

Vorbeugung: 1,8 %	Krankenversicherungsausgaben (75)
Krankheit: 90,1 %	
Arbeitsunfall: 2,9%	

Die o.g. Zahlen aus dem Sozialbericht der Bundesregierung (1976) zeigen das totale Übergewicht der kurativen Medizin im Vergleich zu vorbeugenden Maßnahmen. Die gravierende Veränderung der Krankheitsbilder in den letzten Jahrzehnten mit einer Abnahme der Infektionskrankheiten und einer stetigen Zunahme der chronischen Krankheiten (oft sog.Verschleißkrankheiten), die ja bekanntlich weitgehend therapieresistent und damit kostenintensiv sind, verlangt jedoch eine grundlegende Umorientierung der Schwerpunkte der Gesundheitspolitik. Nicht ein endloser Ausbau der kurativen Medizin (wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist) kann die Entwicklung entscheidend beeinflussen, sondern nur die Prophylaxe im weitesten Sinne. Dazu gehören Verbesserung der Arbeits- und Ernährungsbedingungen und anderer Lebensumstände zur Ausschaltung und Milderung pathogener sozialer Faktoren.

Quellen: Jahrbuch f. krit. Medizin Bd. 1 1976
Gesundheitsreport (ötv) Nr. 5/77





Ausbildungsverbot an der Uni in Göttingen

DVZ 12.1.78

Für den Lyriker Henrik Bicknaese geht der Leidensweg weiter

Der Fall ist ohne Beispiel in der Bundesrepublik: Der Rektor der Universität Göttingen, Professor Beug, widerruft die Immatrikulation des Studenten und Lyrikers Henrik Bicknaese, weil dieser sich durch eine „rechtskräftig abgeurteilte Tat" als „ungeeignet" für den Studiengang eines Lehramtes an Gymnasien erwiesen habe. Vom Knast zum Ausbildungsverbot für einen Mann, der gegenwärtig noch um die Wiederaufnahme eines dubiosen Verfahrens kämpft, bei dem er sich zu Unrecht verurteilt sah. Das Ausbildungsverbot verschärft nicht nur die soziale Situation, es droht den gesamten Lebensweg eines Menschen zu verbauen.

Das Ganze sieht bedenklich nach einem Testfall aus, der im Widerspruch zum Artikel 12 der Verfassung steht, nach der es keine Schranke für die Zulassung zur Ausbildung geben kann. Das Studium beinhaltet noch keine Aussage über die faktische Tätigkeit. Die Berufslenkung ist staatlich verboten. Berufswahl und Ausbildung an der Universität unterliegen auch nicht dem „besonderen Gewaltverhältnis" wie etwa Knast und Schule, wo die Grundrechte eingegrenzt werden können im Sinne des Anstaltszwecks. Eine „ethische Totalbindung" ist beim Studium nicht gegeben, so entschied jedenfalls seinerzeit das Bundesverfassungsgericht gegen die Aberkennung von „schlagenden Burschenschaften" aus moralischen Gründen.

Bei Henrik Bicknaese allerdings handelt es sich nicht um einen „schlagenden Studenten", sondern um einen linken Lyriker, für den sich der Verband der deutschen Schriftsteller, die Deutsche Journalisten-Union, die Redaktion der „Horen", der Demokratische Kulturbund und viele Persönlichkeiten einsetzen. Mitte Januar soll eine Dokumentation erscheinen, die den gesamten Fall belegt.

DIE SEELE DES GESCHÄFTS

Zu der seit Jahren schwelenden Auseinandersetzung um die Psychotherapie

von J.P. Stössel

Siebzig Prozent der Bundesbürger suchen im Verlauf eines Jahres einen praktischen Arzt auf. Vier bis acht Millionen dieser Menschen leiden an seelischen oder sozialen Krisen, psychischen Krankheiten oder vorwiegend psychisch bedingten körperlichen Beschwerden. Jeder dritte Einwohner der Bundesrepublik hat während seines Lebens schon einmal eine seelische Krankheit durchgemacht oder leidet noch daran. Das Problem ist demnach weit größer, als es der gesunde Menschenverstand wahrhaben will. Das wurde erstmals 1973 einer breiten Öffentlichkeit bekannt, als der von der Bundesregierung in Auftrag gegebene „Bericht über die Lage der Psychiatrie" erschien.

Darin wird die Zahl derer, die dringend einer nervenärztlichen oder psychotherapeutischen Behandlung bedürften, auf eine Million Menschen pro Jahr geschätzt. Wie vielen diese Hilfe tatsächlich zuteil wird, läßt sich nur vermuten. Daß es zu wenige sind, wird von niemand bestritten. Was aber wurde getan, um die seitdem immer wieder beklagte desolate Lage der seelisch Leidenden zu verbessern? Die Betroffenen selbst, aber auch nüchterne Beobachter, denen berufsegoistische Interessen nicht den Blick verstellen, müssen zu dem Schluß kommen, daß sich die Situation eher noch verschlechtert hat.

Das Monopol der Ärzte

Die seit Jahren schwelende Auseinandersetzung um die Psychotherapie wurde in jüngster Zeit erneut angeheizt durch die Diskussion um die Kostenexplosion im Gesundheitswesen. In der Tat geht es nicht in erster Linie um die wissenschaftlich und politisch entscheidende Frage, wer mit welchen Methoden und unter welchen Bedingungen den psychisch Kranken am besten helfen kann, sondern wer ihnen helfen darf.

Das nämlich ist der springende Punkt: Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen in der Bundesrepublik gestatten nur Ärzten und Heilpraktikern die Ausübung der Heilkunde. Wenn aber, so machen die ärztlichen Standespolitiker mit juristischer Schützenhilfe geltend, Psychotherapie ebenfalls in den Bereich der Heilkunde fällt, ist die Voraussetzung dafür die Approbation als Arzt oder die staatliche Zulassung als Heilpraktiker. Doch damit noch nicht genug: Der Paragraph 122 der Reichsversicherungsordnung, die den gesetzlichen Krankenkassen als Grundlage ihrer Leistungen dient, sichert den Ärzten das Monopol für die Behandlung von Sozialversicherten, wozu inzwischen über 90 Prozent der Bundesbürger gehören.

Schon bei der Arbeit an der Psychiatrieenquete waren die Fronten zwischen den verschiedenen Berufsgruppen und Therapierichtungen zutage getreten. Erst nach dem Zwischenbericht im Jahre 1971 fand die Psychotherapie im eigentlichen Sinne überhaupt Berücksichtigung. Die daraufhin um Stellungnahmen gebetenen Arbeitsgruppen setzten sich jedoch überwiegend aus ärztlichen Psychotherapeuten zusammen, und die wenigen Psychologen in diesen Gremien waren gleichfalls, wie ihre ärztlichen Kollegen, psychoanalytisch ausgerichtet. Das hat historische Gründe, die aber zugleich die prinzipielle Misere des bundesdeutschen Gesundheitswesens beleuchten.

Das Monopol wird gesichert

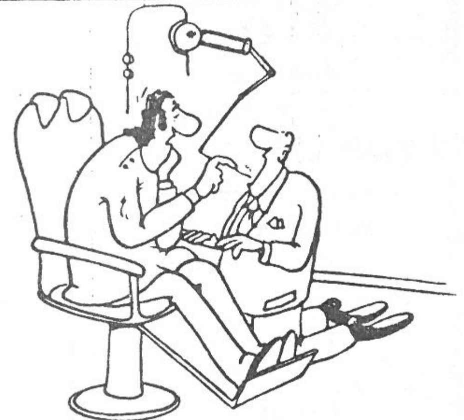
Nachdem einige engagierte Ärzte gegenüber ihrer Standesorganisation die Anerkennung der Psychotherapie durchgesetzt hatten, kam 1967 eine Vereinbarung zwischen der kassenärztlichen Bundesvereinigung und den gesetzlichen Krankenkassen zustande. Sie ermöglichte Ärzten, die nach den 1957 vom Deutschen Ärztetag beschlossenen Weiterbildungsrichtlinien die Zusatzbezeichnung „Psychotherapie" erworben hatten, auch Patienten mit seelischen oder primär psychisch bedingten körperlichen Leiden auf Krankenschein zu behandeln. Diese Regelung bezog sich allerdings nur auf die „tiefenpsychologisch fundierte und analytische Psychotherapie", also die von Sigmund Freud, C.G. Jung, Alfred Adler und ihren Nachfolgern entwickelten Verfahren. Ähnliche Verträge wurden später auch mit den Ersatzkassen geschlossen.

Da der Kreis der in Frage kommenden Ärzte viel zu klein war, um die nicht mehr zu vertuschenden Lücken in der psychotherapeutischen Versorgung zu schließen, sahen sich die Ärzte zunächst zu Zugeständnissen gezwungen. Die zur Ausübung der Psychotherapie berechtigten Kassenärzte, so legte eine 1971 getroffene Abmachung fest, durften in bestimmten Fällen auch sogenannte nichtärztliche Psychotherapeuten hinzuziehen. Dabei handelte es sich in erster Linie um Psychologen, die nach abgeschlossenem Studium noch eine Zusatzausbildung an einem anerkannten Institut absolviert hatten. Die ärztlichen Standesorganisationen erkannten allerdings wiederum nur tiefenpsychologisch orientierte Ausbildungsgänge an. Vor allem aber bestanden sie darauf, daß die Entscheidung, ob und wie lange ein Psychologe die Behandlung übernehmen darf, dem Arzt vorbehalten bleibt. Er allein kann auch mit den Kassen abrechnen und muß das für die Tätigkeit des Psychologen ihm zugewiesene Honorar an diesen weiterleiten.

Dieses „Delegationsverfahren" wurde von den Psychologen von Anfang an heftig bekämpft. Schon 1960 hatte der Berufsverband Deutscher Psychologen für seine Mitglieder ebenfalls die Kassenzulassung gefordert. Dahinter verbirgt sich der berechtigte Anspruch, daß das Psychologiestudium weit mehr als die ärztliche Ausbildung zur Diagnostik und Therapie psychischer Störungen qualifiziert.

Bis zum 1. Juli 1976 wurde die Delegation relativ großzügig gehandhabt, so daß auch Psychologen, die andere als tiefenpsychologisch fundierte Verfahren praktizierten, Kassenpatienten behandeln konnten. Dann aber strichen die Ersatzkassen, wie zuvor schon die Allgemeinen Ortskrankenkassen, diese Kannleistung. Die sogenannte „Kleine Psychotherapie", wozu in erster Linie Verhaltenstherapie und Gesprächstherapie gehören, wird seitdem von den Kassen nur noch bezahlt, wenn Ärzte sie anwenden. Die aber sind dafür meist nicht ausgebildet. Zumindest gibt es wesentlich mehr Nicht-Ärzte, die diese von Psychologen entwickelten und mit nachweisbarem Erfolg erprobten Verfahren beherrschen.

Solchen Argumenten verschlossen sich jedoch die Ärztefunktionäre, die sich auf ihr gesetzlich abgesichertes Behandlungsmonopol berufen. Indes steht der von ihnen vertretene Berufsstand nicht geschlossen hinter dieser Politik. Und so mußten die Kassenärztlichen Vereinigungen ihren Mitgliedern sogar bei Androhung von Regreßforderungen untersagen, weiterhin Patienten an Psychologen zu überweisen. Gleichzeitig wurde den Kassenärzten nahegelegt, künftig verstärkt die Kleine Psychotherapie zu übernehmen. Mit solchen Schachzügen versuchen die Standesvertreter dem Vorwurf zu begegnen, sie würden auf Kosten der Patienten ihre Privilegien sichern. Dieses Ziel verfolgte auch die Aufnahme von Medizinischer Psychologie und Soziologie in die neue Approbationsordnung. Die 1970 beschlossene Reform des Medizinstudiums war vor allem eine Reaktion auf die zunehmende Kritik an der einseitig naturwissenschaftlichen Orientierung der Medizin. Eine solche Schmalspurpsychologisierung, die noch dazu meist am Widerstand der traditionellen Fächer scheitert, ist freilich nur ein dürftiges Alibi. Den psychosozialen Problemen ihrer Patienten werden jedenfalls die meisten Ärzte auch künftig nicht gewachsen sein.



„Normalerweise behandle ich gar keine Kassenpatienten"

Das Sparen wird teuer werden ...

Doch solange die von der Bundesregierung mehrfach angekündigte, aber immer wieder verschobene gesetzliche Regelung über die Tätigkeit nichtärztlicher Psychotherapeuten aussteht, sind die Ärzte für die Kassen die einzig legitimierten Verhandlungspartner. Ihren Forderungen gaben sie um so bereitwilliger nach, als sie angesichts ständig steigender Kosten zu Sparmaßnahmen gezwungen waren und fürchten mußten, daß nach den Psychologen noch andere Berufsgruppen, etwa Sozialarbeiter, Ansprüche anmelden.

Diese Einsparungen könnten allerdings langfristig teuer zu stehen kommen, weil viele psychische Probleme nicht rechtzeitig erkannt, die daraus resultierenden Störungen und Krankheiten zu selten adäquat behandelt werden. Die Psychologen glauben, daß sie dazu sowohl quantitativ als auch qualitativ in der Lage wären. Derzeit befinden sich hierzulande rund 14 000 Studenten in psychologischer Ausbildung, jährlich kommen etwa 2500 hinzu. Die Zahl der fertigen Diplompsychologen wird auf 15 000 geschätzt. Ein großer Teil arbeitet in öffentlichen Einrichtungen, wie Erziehungsberatungsstellen, psychiatrischen Kliniken oder Heimen, wo aber infolge der finanziellen Misere Stellen immer knapper werden. Überdies fühlen sich viele der dort tätigen Psychologen zu „Testmaschinen" degradiert, da sie fast nur noch zu Diagnostik herangezogen werden, während ihre therapeutischen Kenntnisse und Fähigkeiten brachliegen. Denn dieser Bereich gilt als Domäne der Ärzte.

Will ein Psychologe auch Patienten behandeln, bleibt ihm nur der Weg in die eigene Praxis. Das aber halten einsichtige Vertreter dieser Berufsgruppe für eine Sackgasse. Denn erstens darf der Psychologe zur Zeit nur praktizieren, wenn er sich beim Gesundheitsamt als Heilpraktiker anmeldet. Und zweitens kann er dann, falls er sich nicht auf Psychoanalyse beschränkt, ausschließlich Patienten behandeln, die eine Therapie aus eigener Tasche bezahlen.

Doch selbst wenn das bevorstehende Gesetz den Psychologen die eigenverantwortliche und selbständige Behandlung von Kassenpatienten ermöglicht, wird damit nur eine weitere Berufsgruppe mit Vorrechten ausgestattet, die einem an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Versorgungssystem entgegenstehen. Die Psychologen werden sich, dem Beispiel der Ärzte folgend, bevorzugt in großen Städten und dort vor allem in Wohngebieten mit gutsituierter Bevölkerung niederlassen. Außerdem könnten sie sich ebenfalls wie die Ärzte in berufsständischen Psychologen-Kammern organisieren, um bei den Honorarverhandlungen mit den Kassen möglichst viel herauszuholen.

Die privatwirtschaftliche Einzelpraxis mit Festlegung auf Heilkunde würde darüber hinaus vorbeugende und nachsorgende Maßnahmen enorm erschweren, da hierzu die enge Kooperation aller im psychosozialen Bereich tätigen Berufsgruppen notwendig ist. Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie — als größte organisierte Gruppe innerhalb der Psychologen — plädiert daher für eine integrierte psychosoziale Versorgung. Durch interdisziplinäre Zusammenarbeit in Ambulatorien sollen die kostspieligen Fehler der ärztlichen Standespolitik vermieden werden.

aus: Deutsche Volkszeitung 12.1.78

Arbeit macht glücklich! Papst Paul VI.

Wo sind die arbeitswilligen Arbeitslosen? Wo sind die armen auf der Straße liegenden Jugendlichen über 18 J.?

Oder gibt es diese nur im Fernsehen?

Wenn Sie Lust zum Arbeiten haben, melden Sie sich bitte gleich.

Gesucht wird ab sofort oder später

Aushilfe
Kellner oder Serviererin
Barmann oder Bardame

gelernt oder ungelernt, 3x wöchentlich, Tage nach Absprache, evtl. auch in Jahresstellung. Hoher Verdienst, seriöser Betrieb, gutes Betriebsklima, Arbeitszeit von 20 bis 5 Uhr früh. Auf Wunsch Wohnmöglichkeit im Hause.

Night-Club Fauth
Hans-Lothar Fauth

Schriftliche, unkomplizierte Kurzbewerbung erbeten oder telefonische Terminabsprache

Postanschrift: Mühlenbrücke 11

Tel. 76181, ab 20 Uhr 77740
Anrufbeantworter

PS:
Herr Stingl und alle Politiker, die zum Thema Arbeitslosigkeit so viel reden, sollten sich von uns Praktikern aufklären lassen, wie es wirklich um dieses Problem steht, wobei nicht verkannt wird, daß es wirklich Arbeitslose gibt, die unverschuldet keine neue Stelle bekommen können.

D. O.

Originalanzeige des CDU-Bürgerschaftskandidaten H.L. Fauth in den „Lübecker Nachrichten"

Im Folgenden geben wir Auszüge wieder aus einem Gespräch von G.Heidenreich mit Heinrich Böll, das am 3o.9.77 im Mittagsmagazin "Notitzbuch" im 1.Programm des Bayerischen Rundfunks gesendet werden sollte. 1o Minuten vor Sendebeginn untersagte der Programmdirektor des BR, Gunthar Lehner, die Ausstrahlung des Beitrags ohne Begründung.

*Das Erschreckendste für mich ist, wie pauschal die **Kampagne** von „Verfälschern der Wertordnung", „Vergiftern der Sprache" so allgemein auf „geistige **Urheber** mit Feder und Mikrophon an Kanzel und Katheder" verweist*

BÖLL: Ja, das erinnert mich sehr stark an das Ende der zwanziger Jahre.

Das führte schließlich zu Bücherverbrennungen, und das waren ja eigentlich Verbrennungen der Freiheit jedes einzelnen. Sehen Sie Parallelen oder befürchten Sie, daß man sich in ähnlicher Richtung bewegt?

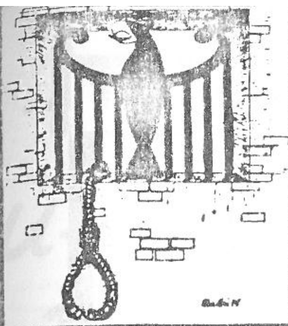
BÖLL: Das glaube ich nicht. Das wird schon der freie Markt nicht zulassen. Es wird auch gar nicht so kommen. Es ist nur so, daß ich mir allmählich überlege, ob überhaupt eine, sagen wir: Abschaffung der Demokratie noch nötig ist. Die Leute sind ja derart eingeschüchtert, die Medien so vorsichtig geworden, daß man eigentlich kaum noch Gesetze zu ändern braucht. Die Sache läuft ja 'phantastisch'... Selbst liberlae Zeitungen werden ja schon derart konformistisch und vorsichtig, daß man kaum etwas zu unternehmen braucht.

Es scheint mir fast so, als wären Sie selbst in das Zentrum einer Handlung geraten, die Sie einmal in Ihrer Novelle „Katharina Blum" beschrieben haben.

BÖLL: Ja. Es ist nicht ganz so schlimm und wird nicht diese Folgen haben, die ich in der erfundenen Geschichte schilderte – aber ich muß Ihnen ehrlich sagen und sage das mit einem Wort: Uns langt's! Allmählich langt es uns ganz dicke hier!

Welche Chancen sehen Sie für eine angemessene Reaktion?

BÖLL: Ja ich sehe nur die eine Chance, daß die öffentliche Meinung ihre Schüchternheit, ihre Ängstlichkeit, ihre Einschüchterung aufgibt. Es ist sehr leicht, eine Minderheit von zwanzig, dreißig – in dem Fall fünf oder sechs – namentlich Genannten einzuschüchtern. Das wird nicht gelingen. Aber die Wirkung auf die allgemeine Stimmung! Wir gehen ja viel zu rational an die Dinge heran das ist ja Stimmungsmache, und die Springerpresse wirkt in dem Sinne als eine Art Pest-Verbreitung, eine Verbreitung von Aussatz. Die macht uns ja alle zu Aussätzigen und zu Unberührbaren.



Wegen der Veröffentlichung dieser Karikatur in einer Dokumentation über politische Zensur in der BRD wird der Verantwortliche, ein ehemaliges AStA–Mitglied an der PH Westberlin, wegen Verunglimpfung des Wappens der BRD angeklagt.

Ein Sumpf wird trockengelegt – Impressionen aus dem deutschen Blätterwald

Terror an deutschen Hochschulen: Damals die Nazis, heute die Linksextremen

Hochschul-Präsident: Vorlesungsstreik illegal

AStA erneut verurteilt

Wieder allgemein politische Erklärungen abgegeben

Kann die Bundeswehr eingesetzt werden?

Streit um ein Plakat zog sich bis vors Gericht

Angehender Arzt auf der Anklagebank

UNIVERSITÄTEN

Volksfront marschiert

Häftling schrieb in Brief von „Bullen": Geldstrafe

Studenten fordern Rücknahme von Ordnungsrechtsverfahren

Schleswig-Holstein verschärft das Ordnungsrecht

Stoltenberg appelliert an Verbundenheitsgefühl

Gericht: Staat muß Radikale nicht ausbilden

Erst dienstenthoben – dann Hausverbot

Rektor der TU Hannover fragt nach Begründungen

Polizei besetzte den AStA

Buback-„Nachruf" wurde mit Gefängnis geahndet



UNIVERSITÄT BREMEN

Roter Terror in der linken Kaderschmiede

55 Studenten bestraft

Strafanzeige wegen Gedichts

16 Hochschullehrer in Bremen angeklagt

Wer abstimmte, soll auch haften

Staatsanwaltschaft in Münster geht jetzt gegen einzelne vor

Diesen Brief erhielt der AStA im Anschluß an die Flugblattaktion zur HSG-Novelle ("Liebe Lübecker Mitbürger!") :

DIE SAAT DER HETZER GEHT AUF...

Abschrift

Lübeck, den 2. Dez. 1977

An den Allgemeinen Studentenausschuß Lübeck.

Heute fand ich Ihren äußerst raffiniert aufgemachten Schrieb in meinem Briefkasten. Ja, angesichts Ihrer Leiden kommen einem die Tränen. Sie wollen uns wohl für dumm verkaufen! Ich und viele meiner Mitbürger haben für Ihre Unzufriedenheit und immer neuen Forderungen keinerlei Verständnis. Da aus meiner Familie auch einige studieren, bin ich nicht ganz uninformiert über die Verhältnisse an den Hochschulen und weiß, daß eine kleine Minderheit von Ultralinken ~~die~~ die Unruhestifter sind und mit Mördern und Räubern gemeinsame Sache machen. Sie wollen unseren Staat kaputt machen und dabei vom Geld der Steuerzahler bequem leben. Das ist Ihr wahres Anliegen! Sie machen sich Sorgen über die"Unterdrückung" des chilenischen Volkes. Wozu in die Ferne schweifen, unsere Grenzen sind offen. Uns allen wäre es wohler, wenn linke Chaoten wie Sie auf Nimmerwiedersehen hinter dem eisernen Vorhang verschwänden. Da gehören Sie hin! Ich bilde mir nicht ein, mit meinem Schreiben bei Ihnen auc h nur den geringsten Sinneswandel in Ihrem knallroten Gehirn zu bewirken, sondern wollte Ihnen die Stimmung bei uns Lübeckern aufzeigen.

Zum Schluß möchte ich bemerken, daß ich eine 67-jährige Rentnerin bin, die ihren Namen nicht nennen möchte, weil sie nicht klammheimlich verschwinden möchte, sondern sich vielmehr noch etwas an ihren Enkeln erfreuen.

Da wir auch unter uns ein paar Kommilitonen haben, die sich in ihrer Abgrenzungshysterie immer wieder veranlaßt sehen, zu bekunden, daß sie nun aber wirklich und ehrlich auf "dem Boden des Grundgesetzes" stehen (was beim AStA und seinen Sympathisanten dann wohl nicht der Fall ist...), erscheint es angebracht,darauf hinzuweisen, daß die geistigen Ziehväter dieser "unabhängigen" Studenten die Verantwortung für derartige Auswüchse tragen. Die provokatorischen Auftritte von CDU-Politikern an den Universitäten, von den Massenmedien genüßlich breitgewalzt, dienen diesen Herrschaften denn auch nur dazu, sich dem kleinen Mann als mutige Märtyrer zu präsentieren. Und dann tun wir uns ganz kräftig wundern, warum das Image der Studenten in der Bevölkerung so schlecht ist...

Traurig ist dabei allerdings, daßihnen das Auftreten der Links-Sektierer bei diesem miesen Geschäft eine willkommene Kulisse bereitet.

TU-Präsident beschuldigt Polizei

Nach einer Anzeige des Präsidenten der Technischen Universität, Rolf Berger, hat die Polizei Ermittlungen wegen eines Vorfalls am Rande der RCDS-Veranstaltung mit dem CDU-Vorsitzenden aufgenommen. Der Leiter der Polizeidirektion „City", Günter Freund, bestätigte auf Anfrage von Reuter, daß Berger mehrere Polizeibeamte beschuldigte, tatenlos zugesehen zu haben, wie Ordner der CDU einen 31jährigen Soziologiestudenten zusammenschlugen.

Berger und andere Augenzeugen berichteten, wie der Student während der Rede Kohls im Foyer des „Ernst-Reuter-Hauses" aus einer den Saal verlassenden Gruppe junger Leute herausgegriffen wurde. Zwei Ordner warfen diesen Angaben zufolge den jungen Mann zu Boden, schleiften ihn an Polizeibeamten vorbei in eine Ecke des Treppenhauses, schlugen dann zu dritt auf ihn ein und traten den vor Schmerzen schreienden und bereits stark im Gesicht blutenden mit Füßen, ohne das die Polizeibeamten ihm zu Hilfe kamen.

Augenzeugen beobachteten, wie mehrere uniformierte Polizeibeamte den Präsidenten der TU daran hinderten, als Hausherr dagegen einzuschreiten. Nach den Worten Bergers stellte sich später heraus, daß mindestens einer der Ordner ein Polizeibeamter in Zivil war. Es konnte jedoch nicht mitgeteilt werden, ob der Beamte im Dienst war. Der geprügelte junge Mann wurde wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt festgenommen.

Süddeutsche Zeitung 1.12.77

Gelegenheiten

Dual Cassettenrecorder C 919
Vorführgerät nur 648,-

Sony Tape Deck TC 134 SD
1 Jahr alt nur 250.-

Revox Bandmaschine A 77
Vorführgerät nur 998,-

Wega Kompaktanlage
Radioteil, Verstärker, Plattenspieler
mit Isophon Boxen
9 Monate alt nur 490.-

Sansui Receiver 9090
Ausstellungsstück nur 1998,-

Dual Plattenspieler CS 12
6 Monate alt nur 180.-

Sonderangebote:

Harman Kardon Receiver 330c	nur 598.-
Rotel Receiver 2x60 Watt Sinus	nur 798.-
Rotel Receiver 2x80 Watt Sinus	nur 998.-
Sankyo Recorder, Frontlader, Dolby	nur 378.-
JVC Stereo - Equalizer Frequenzanhebung u. -absenkung in 7 Bereichen	nur 398.-

Bei uns sind nahezu alle Marken erhältlich wie z.B.
AKAI REVOX BOSE TOSHIBA ONKYO YAMAHA SONKYO CEC ROTEL KIRKSAETER MAGNAT OHM DENON DOKORDER TANDBERG TECHNICS SONY THORENS SANSUI TEAC INFINITY DBX SCM CANTON BRAUN ARCUS TRANSROTOR JBL JVC LUXMAN QUADRAL MICRO NIKKO PIONEER SME QUAD UND VIELE ANDERE

schwartauer allee 30
2400 lübeck
telefon 0451/473607

weber's stereoladen